



Wien, Juli 2019

XXVI. LEGISLATURPERIODE DES NATIONALRATES

**Zweites Arbeitsjahr:
September 2018 bis Juli 2019
Ende der Legislaturperiode**

BILANZ

**Ergeht an alle
Nationalräte, Bundesräte und Europaabgeordneten
der ÖVP**

Inhaltsverzeichnis	Seite 2
Einleitung	Seite 3
Nationalrat – die wichtigsten Beschlüsse	Seite 6
Äußeres	Seite 6
Bauten und Wohnen	Seite 6
Budget	Seite 6
Familie	Seite 7
Finanzen	Seite 7
Forschung, Innovation und Digitalisierung	Seite 7
Gesundheit	Seite 8
Inneres/Sicherheit	Seite 8
Justiz	Seite 8
Landwirtschaft	Seite 9
Soziales	Seite 9
Umwelt	Seite 10
Unterricht	Seite 10
Verfassung	Seite 10
Verkehr	Seite 11
Volksanwaltschaft	Seite 12
Wirtschaft	Seite 12
Wissenschaft	Seite 12
Die Untersuchungsausschüsse	Seite 13
BVT-Untersuchungsausschuss	Seite 13
Eurofighter-Untersuchungsausschuss	Seite 14
Bundesrat	Seite 15

EINLEITUNG

Die XXVI. Legislaturperiode endet verfrüht mit Neuwahlen am 29. September 2019. Damit war das zweite Arbeitsjahr auch das letzte dieser Legislaturperiode.

Seit September 2018 fanden laut Parlamentsdirektion 49 Nationalratsplenarsitzungen (inklusive Zuweisungssitzungen) mit einer Gesamtdauer von 257 Stunden und 33 Minuten statt. Ohne Zuweisungssitzungen einzuberechnen waren es insgesamt **26 Plenarsitzungen, sechs davon Sondersitzungen. Beschlossen wurden 127 Gesetze, dazu kamen 21 Staatsverträge und drei Vereinbarungen mit den Bundesländern.** 31,46 Prozent der Gesetzesbeschlüsse erfolgten einstimmig.

Darüber hinaus absolvierten die Abgeordneten der Nationalratsfraktionen seit letztem September 171 Ausschusssitzungen, 27 Unterausschusssitzungen und 66 Sitzungen der beiden Untersuchungsausschüsse.

Ein kurzer Überblick ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Das zweite Halbjahr 2018 war noch von Veranstaltungen anlässlich des Gedenkjahres und vom EU-Vorsitz Österreichs geprägt: So gab es am 21. Oktober 2018 eine Festsitzung von National- und Bundesrat unter dem Titel "Tage der Entscheidung. Die Gründung der Republik 1918", am 9. November 2018 eine Festveranstaltung in der Hofburg im Gedenken an das Novemberpogrom 1938, am 12. November 2018 einen Staatsakt zum 100jährigen Bestehen der Republik Österreich in der Staatsoper, am 23. Jänner 2019 ein Holocaust-Gedenken in der Wiener Börse und am 3. Mai 2019 im Parlament den Gedenktag gegen Rassismus und Gewalt im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Anlässlich des Jubiläums von 100 Jahren Frauenwahlrecht in Österreich gab es am 4. März 2019 eine Veranstaltung, am 7. März 2019 eine Lesung aus den ersten Reden der ersten acht weiblichen Nationalratsabgeordneten und am 8. März 2019 eine Ausstellungseröffnung am Heldenplatz.

Die Klubarbeit wurde am 11. September 2018 mit einer Sonderklubsitzung mit Bundeskanzler Parteibmann Sebastian Kurz eröffnet. Am 24. September 2018 fand ein Fachdialog „Musische Bildung“ statt, initiiert von Kultursprecherin Maria Großbauer. Am 22. Oktober 2018 gab es einen Themenklub zur Sozialversicherungsreform mit Mag. Bernhard Wurzer vom Hauptverband. Die Klubtagung am 23. Oktober 2018 in Tulln fand ihren gemütlichen Abschluss in der Waldschenke. Im Rahmen des Tages der offenen Tür am Nationalfeiertag präsentierte sich auch der ÖVP-Parlamentsklub im Kleinen Redoutensaal der

Hofburg. Am 29. Oktober 2018 wurden unsere Klubräumlichkeiten am Heldenplatz durch Dompfarrer Toni Faber und Oberrabbiner Paul Eisenberg gesegnet. Am 29. November 2018 wurde im Rahmen eines Chorkonzertes im Stephansdom die CD „Stille Nacht“ des Parlamentschores präsentiert. Am 10. Dezember 2018 zog Klubobmann August Wöginger gemeinsam mit FPÖ-Klubobmann Walter Rosenkranz Bilanz über das Jahr 2018.

Im Dezember 2018 hat der ÖVP-Parlamentsklub eine Broschüre zum Familienbonus Plus „Wir entlasten die Familien. So kommen Sie zu Ihrem Geld“ herausgebracht.

Das Jahr 2019 begann politisch mit der ÖVP-Klubklausur in St. Wolfgang (Fotobuch). Am 12. Februar gab es zur Behandlung der Ökostromnovelle im Bundesrat eine Pressekonferenz mit den Klubobleuten August Wöginger und Walter Rosenkranz, mit Neos-Energiesprecher Josef Schellhorn, ÖVP-Bundratsfraktionsvorsitzendem Karl Bader und FPÖ-Bundesrätin Monika Mühlwert.

Am 26. Februar 2019 fand ein „Zukunftsgespräch im Ringturm“ mit Expertise von Univ.Prof. Mag. Dr. Martin Kocher, GD Dr. Günter Geyer von der Wiener Städtischen, WKO-Obmann GD Mag. Andreas Zakostelsky und Klubobmann August Wöginger statt. Auf Einladung von ÖVP- und FPÖ-Klub gab es am 20. März 2019 eine Podiumsdiskussion „Kopftuch – ein Beitrag zur Integration?“ mit Abg. Rudolf Taschner, Abg. Walter Rosenkranz und Islam-Expertin Zana Ramadani im Palais Epstein. Am 26. März 2019 gab es nach der Klubsitzung eine Aussprache mit Gemeindebundpräsident Alfred Riedl. Am 4. und 5. April 2019 fanden sich schließlich alle zur Mandatarekonferenz in Bad Ischl ein. Am 23. April 2019 gab es eine Infoveranstaltung zum „Breitbandausbau“ mit Mag. Thomas Arnoldner von der A1 Telekom. Am 26. April 2019 wurde im Palais Epstein das „Österreichische Jahrbuch für Politik“ präsentiert.

Die Opilio-Rossi-Medaille wurde im Berichtszeitraum zwei Mal verliehen: Am 17. Oktober 2018 an Dr. Johann Marte und am 4. Juni 2019 an Primarius Dr. Johannes Huber.

Ein trauriges Kapitel dieses Jahres ist das Ableben unserer steirischen Kollegin und Frauensprecherin Barbara Krenn. Sie ist am 3. April 2019 ihrer schweren Krankheit erlegen. Am 12. April 2019 haben wir uns von ihr in ihrer steirischen Heimat Pürgg verabschiedet. Am 24. April 2019 gab es für sie eine Gedenkminute im Plenum des Nationalrates und tags darauf, am 25. April 2019, einen Gedenkgottesdienst in der Augustinerkirche.

Ab Mai 2019 ging es politisch Schlag auf Schlag: Am 4. Mai 2019 hat die ÖVP ihren EU-Wahlkampfauftakt in den Sofiensälen begangen. Am 17. Mai 2019 wurde das sogenannte „Ibiza-Video“ öffentlich. Am 18. Mai verkündete

Bundeskanzler Sebastian Kurz Neuwahlen. Innenminister Herbert Kickl wurde danach von Bundespräsident Alexander Van der Bellen des Amtes enthoben. Daraufhin hat die FPÖ die Koalition aufgekündigt, und statt der FPÖ-Minister wurden vier Übergangsmminister angelobt.

Die Europawahl am 26. Mai 2019 brachte der ÖVP mit 34,5 Prozent einen fulminanten Wahlsieg.

Am 27. Mai 2019 wurde in der Sitzung des Nationalrates im Zuge der Behandlung einer Dringlichen Anfrage an Bundeskanzler Kurz von der SPÖ ein Misstrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung eingebracht und durch SPÖ, FPÖ und Liste JETZT angenommen. Kanzler Kurz musste den Bundespräsidenten um Demission der gesamten Regierung ersuchen. Der Bundespräsident hat daraufhin für eine Übergangszeit den bisherigen Finanzminister Hartwig Löger zum Bundeskanzler bestellt und die Bundesminister so lange in ihren Ämtern belassen, bis er mit Brigitte Bierlein eine geeignete Kandidatin für die Funktion der Bundeskanzlerin gefunden hatte. Diese wurde vom Bundespräsidenten angelobt und mit der Aufgabe betraut, eine neue, vorübergehende Bundesregierung auszuwählen. Diese Übergangsregierung hat zwar das Vertrauen des Parlaments, aber keinen politischen Anspruch, das heißt, es gibt kein abzuarbeitendes Regierungsprogramm.

Der Nationalrat hat dann am 27. Mai mit den Stimmen von vier Fraktionen die vorzeitige Beendigung der Gesetzgebungsperiode und damit vorgezogene Neuwahlen beschlossen. Durch einen rot-blauen Abänderungsantrag, der das Gesetz erst am 3. Juli in Kraft treten ließ, konnte die Bundesregierung nur mehr den 29. September 2019 als Wahltag festlegen.

Die derzeitige Bundesregierung bleibt so lange im Amt, bis nach den Wahlen vom 29. September der Bundespräsident eine neue Bundesregierung ernennen kann, die sich auf eine Mehrheit im Nationalrat stützen kann. Das wird erst nach Regierungsverhandlungen der Fall sein.

NATIONALRAT

Nachstehend eine Übersicht über die wichtigsten Nationalratsbeschlüsse seit September 2018 in thematischer Zuordnung:

Äußeres

- o Kunst- und Kulturabkommen mit Bosnien und Herzegowina
- o Österreich zieht Vorbehalte gegenüber UN-Antifolterkonvention zurück
- o Abkommen zwischen der EU und Kuba
- o EU-Handelsabkommen mit Peru, Kolumbien und Ecuador. Abbau von Handelshemmnissen im Industrie- und Agrarsektor sowie die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte
- o EU-Abkommen mit Zentralamerika. Ziel: Potenziale der wirtschaftlichen Beziehungen besser ausschöpfen
- o Strategische Partnerschaft mit Kanada. Kooperation in außen- und sicherheitspolitischen Fragen, Justiz und Steuern
- o Strategische Partnerschaft mit Japan. Zusammenarbeit bei Forschung, Innovation, Bildung, Kultur, Grundfreiheiten, Migration, Klimawandel, Terrorismus und organisierter Kriminalität
- o Bilaterales Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und Singapur. Stärkeres politisches und wirtschaftliches Engagement in Südostasien
- o Konsulargesetz: Der konsularische Schutz wird nun in einem eigenen Gesetz geregelt. Keine Hilfe soll es etwa für Personen geben, die eine Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit darstellen.
- o Kulturabkommen mit der Ukraine
- o Einspruch gegen den Beitritt der Philippinen zum Urkundenübereinkommen
- o Protokoll zum Übereinkommen über Zwangsarbeit

Bauten und Wohnen

- o Novelle des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes zur Förderung der Eigentumsbildung

Budget

- o Bundesrechnungsabschluss 2017

Familie

- o Indexierung der Familienbeihilfe
- o Sicherstellung der erhöhten Familienbeihilfe für Menschen mit Behinderungen
- o Bund und Länder investieren 720 Millionen Euro in Elementarpädagogik: Die Mittel werden in den nächsten vier Jahren für den Ausbau der Kinderbetreuung zur Verfügung gestellt. Außerdem beinhaltet die Vereinbarung die verbindliche Vermittlung von Grundwerten sowie ein Kopftuchverbot in den elementaren Bildungseinrichtungen
- o Besserstellung für Krisenpflegeeltern: Diese sind nun beim Kinderbetreuungsgeld anderen Eltern gleichgestellt
- o Anpassung der Zuverdienstgrenze beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld ab 2020
- o Rechtsanspruch auf Papamonat (ohne ÖVP, die für mehr Flexibilität gewesen wäre)

Finanzen

- o Neuer Rahmen für die Umwandlung von Forderungen in handelbare Wertpapiere
- o Erleichterungen bei grenzüberschreitenden betrieblichen Pensionskassen
- o Einheitlicher Prüfdienst für lohnabhängige Abgaben
- o ÖBIB (Österreichische Bundes- und Industriebeteiligungen GmbH) wird zur Aktiengesellschaft ÖBAG (Österreichische Beteiligungs AG)
- o Klarstellungen für die Tabakmonopolverwaltung
- o Verkauf von Tabakprodukten zum Erhitzen künftig erlaubt
- o Internationale Entwicklungsfonds werden wieder aufgefüllt
- o Hochwassergebiet Gasen/Steiermark erhält für Schutzmaßnahmen Mittel aus dem Katastrophenfonds
- o Zweckzuschüsse für Elementarpädagogik
- o Anpassung des Börsegesetzes zur Stärkung von Aktionärsrechten
- o EU-Finanz-Anpassungsgesetz 2019
- o Transparenzdatenbankgesetz: Meldung von Förderungen künftig bereits bei Gewährung

Forschung, Innovation und Digitalisierung

- o Senkung der Patentamtsgebühren
- o Vollständige Umsetzung der EU-Richtlinie zum Markenschutz
- o Neue Regeln für die Ausübung der Patentanwaltschaft: Ausweitung der Möglichkeiten für die patentanwaltliche Berufstätigkeit
- o Vorgaben für Barrierefreiheit auf Websites des Bundes

Gesundheit

- o Tierschutz: unter anderem dürfen Zoofachhandlungen keine Hunde und Katzen mehr halten
- o Ärzt/innen dürfen nun Ärzt/innen beschäftigen
- o Anpassungen des Krankenanstaltenrechts
- o Leichter Zugang zu Patientenverfügungen
- o Änderung im Rezeptpflichtgesetz: Vereinfachungen im Zusammenhang mit der e-Signatur
- o Foto auf e-Card
- o Generelles Rauchverbot in der Gastronomie ab 1. November 2019

Inneres

- o Verbot von Gesten und Symbolen extremistischer Gruppen
- o Änderungen im Waffengesetz
- o Katastrophenschutzabkommen mit Russland
- o Grenzkontrollen durch speziell ausgebildete Verwaltungsbedienstete am Flughafen Schwechat
- o Maßnahmen zur Attraktivierung des Zivildienstes
- o Maßnahmenpaket zur Erhöhung der Cybersicherheit
- o Bundesbetreuungsagentur für Flüchtlinge: Ab Mitte 2020 sollen die Erstaufnahmezentren für Flüchtlinge von einer staatlichen Agentur betrieben werden, ab Anfang 2021 soll auch die Rechts- und Rückkehrberatung für Asylwerber ausschließlich von der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen GmbH durchgeführt werden

Justiz

- o „Reisen für terroristische Zwecke“ wird neuer Straftatbestand
- o Erleichterung bei der Gründung von GmbHs durch elektronische Datenbanken
- o Genossenschaften erhalten die Möglichkeit der Spaltung
- o Neue Beitritte zum Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführungen
- o Anti-Gold-Plating-Gesetz: Die Übererfüllung von EU-Vorschriften soll abgebaut werden
- o Adaptierung beim Zutritt zu Gerichtsgebäuden: Sachverständige und Dolmetscher/innen sollen beim Betreten von Gerichtsgebäuden von Sicherheitskontrollen ausgenommen werden
- o Anwendungsbereich des Anerbenrechts wird erweitert: Reine Forstbetriebe fallen nun in den Anwendungsbereich des Anerbengesetzes, wodurch eine Zerschlagung von Betrieben vermieden werden soll
- o Förderung der Mitwirkung von Aktionären

- o Halbierung der Gerichtsgebühren bei sofortigem Vergleich
- o Präzisierungen für Rechtsanwält/innen und Notar/innen zur Vierten Geldwäsche-Richtlinie
- o Gesetzeslücke bei „Ehe für alle“ geschlossen

Landwirtschaft

- o Die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und die Bundesanstalt für Bergbauernfragen werden zusammengelegt
- o Erhöhung der Prämienzuschüsse für landwirtschaftliche Versicherungen
- o Mit der Novelle zum Weingesetz kann für bestehende und zukünftige DAC-Gebiete per Verordnung verboten werden, dass bei Qualitätsweinen aus Trauben aus einem DAC-Gebiet die Großlage, der Weinbauort oder die Ried angegeben wird
- o Verbot von Pflanzenschutzmitteln mit dem Wirkstoff Glyphosat ab 2020. Das von der ÖVP geforderte EU-konforme Teilverbot wurde abgelehnt
- o Haftung für Weidetiere: neue Regelungen stellen auch auf Eigenverantwortung ab

Soziales

- o Der Bund stellt insgesamt 340 Millionen Euro für die Abschaffung des Pfleregeregrees bereit
- o Niedrige Pensionen und Ausgleichszulagen werden um 2,6 Prozent erhöht
- o Arbeitslosenversicherung: Beiträge werden auch für gering verdienende Selbstständige gesenkt
- o Sozialversicherungs-Organisationsreform: Aus 21 werden fünf Sozialversicherungsträger
- o ASVG-Novelle schafft gesetzliche Grundlage für Telerehabilitation
- o Arbeitszeitflexibilisierung auch für Landarbeiter/innen
- o Schlüsselarbeitskräfte: Punkteschema für Rot-Weiß-Rot-Karte wird adaptiert
- o Novelle zum Arbeitskräfteüberlassungsgesetz: Arbeitgeberbeitrag zum Sozial- und Weiterbildungsfonds wird dauerhaft gesenkt
- o Karfreitagsregelung: Karfreitag wird wahlweise zum „persönlichen Feiertag“ im Rahmen des Urlaubsanspruches
- o Neuregelung der Mindestsicherung: Das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz soll zu einer einheitlichen Mindestsicherung in Österreich führen, Zuschläge für Alleinerzieher/innen und Menschen mit Behinderung
- o Höhere Mindestpensionen (1.200 Euro für Einzelpersonen bzw. 1.500 Euro netto für Ehepaare) bei zumindest 40 Arbeitsjahren
- o Keine ASVG-Pflichtversicherung für Rechtsanwält/innen mit Kammerversorgung
- o Neue Zusammensetzung der Alterssicherungskommission

- o Anrechnung von 24 Monaten Karenzzeit pro Kind auf alle dienstzeit-abhängigen Ansprüche
- o Wenn bei Katastrophen für freiwillige Helfer/innen für den Einsatz bei Blaulichtorganisationen Dienstfreistellungen vereinbart werden, erhalten diese Entgeltfortzahlung und der Dienstgeber eine Abgeltung von 200 Euro pro Tag
- o Valorisierung des Pflegegeldes

Umwelt

- o Österreich setzt Aarhus-Konvention um (mehr Beteiligungsmöglichkeiten in Umweltverfahren)
- o Emissionsgesetz-Luft 2018 legt Maßnahmen zur Luftreinhaltung fest
- o EU-Anpassungen im Umwelthaftungsgesetz
- o Umweltverträglichkeitsprüfung: Novelle soll zur Verfahrensbeschleunigung beitragen
- o Die Durchführung der Verpflichtungen aus dem Nagoya-Protokoll für die Förderung der biologischen Vielfalt
- o Plastiksackerlverbot ab 2020

Unterricht

- o Das Pädagogikpaket bringt u.a. die Ziffernbenotung ab dem 2. Semester der 2. Volksschulklasse
- o Anpassungen im Schulrecht: vor allem bei Deutschförderklassen
- o Das Kopftuchverbot an Volksschulen ist ein entscheidender Schritt zur besseren Integration und zur Verminderung von Diskriminierungen
- o Österreichweite Herbstferien: Ab dem Schuljahr 2020/21 wird es zwischen Nationalfeiertag und Allerheiligen Herbstferien geben
- o Das BIFIE wird ins Bildungsministerium eingegliedert: Das Institut des Bundes für Qualitätssicherung (IQS) wird an einer evidenzbasierten Qualitätsentwicklung arbeiten
- o Lehrkräfte können einfacher angestellt werden: Künftig können Lehrkräfte mit einem universitären Lehramtsabschluss nach altem Studienplan regulär an Mittelschulen und Polytechnischen Schulen angestellt werden
- o Bildungsinvestitionsgesetz sichert weitere Finanzierung der Ganztagsbetreuung
- o Weiterentwicklung der Polytechnischen Schulen und Weitergabe der Sprachdaten von Schulanfänger/innen
- o Sexualerziehung an Schulen ohne externe Vereine

Verfassung

- o 2019 durchschnittlich 2,76 Prozent höhere Beamten-Gehälter
- o Spitzenpolitiker/innen erhalten eine „Nulllohnrunde“

- o Fraktionsvorsitzende im Bundesrat können persönliche Mitarbeiter/innen beschäftigen
- o Kompetenzentflechtung zwischen Bund und Ländern
- o Bund-Länder-Vereinbarung zur Kinder- und Jugendhilfe: Mit der Festlegung von Qualitätsstandards wird die Voraussetzung für das Inkrafttreten der bereits beschlossenen Verfassungsnovelle geschaffen, durch die den Ländern die alleinige Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe übertragen wird
- o Brexit-Begleitgesetz: Nationalrat beschließt Vorkehrungen für den Brexit-Notfall
- o Novellierung des Beamten-Dienstrechtsgesetzes: Karteifreitags-Regelung auch für Bundesbedienstete
- o Staatsdruckereigesetz: Die österreichische Staatsdruckerei verliert das Druckmonopol für Reisepässe und andere Sicherheitsdokumente
- o Adaptierungen im Verwaltungsgerichtshofgesetz: Der VwGH erhält mehr zeitliche Flexibilität bei Stellenausschreibungen
- o Niedrigere Parteienförderung als geplant: die Parteienförderung soll heuer um zwei Prozent statt um 7,78 Prozent steigen
- o Parteiengesetz-Novelle: Neue Regeln für Parteispenden
- o Bonus zur Klubförderung für Parlamentsparteien mit mehr als 40 Prozent Frauenanteil
- o Mehr Mittel für den Privatrundfunk: Ab heuer werden jährlich 20 Millionen Euro zur Unterstützung des privaten Rundfunksektors zur Verfügung stehen
- o Auflösung des Nationalrats: Der Nationalrat wird vorzeitig aufgelöst und damit der Weg für Neuwahlen im Herbst geebnet. Einen genauen Wahltermin hat die Bundesregierung per Verordnung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss festzulegen (Nachtrag: Dies wird der 29. September 2019 sein)
- o Verfassungsrechtliche Absicherung der öffentlichen Trinkwasserversorgung
- o Zentrale Disziplinarbehörde für Bundesbeamten/innen, Neuregelung für Vordienstzeiten aufgrund eines EUGH-Urteiles

Verkehr

- o Abkommen über die Internationale Zivilluftfahrt
- o Kooperationsabkommen zwischen der EU und der Schweiz zur Satellitennavigation
- o Novelle zur Versorgung mit leistungsfähigem Internet und 5G-Mobilfunk
- o Anpassung der Seilbahnkonzessionen an EU-Bestimmungen
- o Routinemäßige Alkoholkontrollen in der Binnenschifffahrt
- o Novelle der Straßenverkehrsordnung: Erprobung von Rechtsabbiegen bei Rot
- o Änderung des Kraftfahrgesetzes: Maßnahmen zur Verhinderung von Dokumentenmissbrauch
- o Änderung des Kraftfahrliniengesetzes: Vereinfachung von Beurkundung und Haltestellenverfahren
- o ÖVP-FPÖ-Antrag zum Verkehrssicherheitspaket einstimmig beschlossen

- o Änderung des Bundesstraßenmautgesetzes: Maßnahmen gegen Mautprellerei und Förderung umweltfreundlicher LKW
- o Eine StVO-Novelle bringt klare Regeln für E-Scooter: Für diese sollen die gleichen Regelungen gelten wie für Fahrräder
- o Protokoll zum EU-US-Luftverkehrsabkommen: Zusätzliche Möglichkeiten für Investitionen und weiteren Marktzugang
- o Maßnahmen gegen „Schummeln“ bei Führerscheinprüfung und gegen das Blockieren der Rettungsgasse
- o Rechtsabbiegeverbote für LKW im Ortsgebiet per Verordnung
- o Anpassungen im Eisenbahngesetz an EU-Recht
- o Genehmigung von Änderungen im Übereinkommen über den internationalen Eisenbahnverkehr
- o Zusammenlegung des Mietwagen- und Taxigewerbes
- o Vereinheitlichung der Kennzeichen für Feuerwehren

Volksanwaltschaft

- o Wahl der neuen Volksanwälte. Werner Amon MBA, Mag. Bernhard Achitz und Dr. Walter Rosenkranz treten ihr Amt mit 1. Juli 2019 an

Wirtschaft

- o Beschleunigte Verfahren für standortrelevante Großprojekte
- o E-Government-Gesetz: Digitale Amtswege werden einfacher
- o Der Schutz von Versicherungsnehmer/innen wird verbessert
- o Geänderte Bestimmungen für Wirtschaftskammer-Wahlen
- o Klarstellungen bei der Wahrung von Geschäftsgeheimnissen
- o Neuregelung im Ökostromgesetz: Absicherung von Kraft-Wärme-Koppelungsanlagen – dann Ablehnung im Bundesrat, da keine 2/3-Mehrheit
- o Biomasseförderung-Grundsatzgesetz: Ziel ist die Verpflichtung der Länder, Ökostromanlagen auf Basis fester Biomasse bzw. von Abfällen mit einem hohen biogenen Anteil zu fördern
- o Novelle zum Ökostromgesetz: Befreiung einkommensschwacher Haushalte von der Ökostromabgabe
- o Änderung des Ziviltechnikergesetzes: Erleichterung des Berufszuganges

Wissenschaft

- o Die Donau-Universität Krems wird eine öffentliche Universität
- o Bund-Länder-Vereinbarung zur Donau-Universität Krems
- o Meldeverfahren für ausländische Studiengänge neu geregelt
- o Neuerungen im Studentenheimgesetz

DIE UNTERSUCHUNGSAUSSCHÜSSE

Mit dem vorzeitigen Ende der aktuellen Gesetzgebungsperiode endete auch die Beweisaufnahme in den Untersuchungsausschüssen BVT (Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung) und Eurofighter. Die Ausschussteams der ÖVP haben ihre Fraktionsberichte zum BVT- und Eurofighter-Untersuchungsausschuss erarbeitet. Diese werden im September 2019 im Plenum des Nationalrates behandelt – „beschlossen“ werden dort auch die Berichte der Verfahrensrichter, obwohl der Beschluss weder Zustimmung noch Ablehnung bedeutet, sondern damit rein die Existenz des Berichts zur Kenntnis genommen wird.

BVT-Untersuchungsausschuss

Der BVT-Untersuchungsausschuss wurde in einer Sitzung am 20. April 2018 konstituiert und hat am 4. September 2018 die erste Befragungssitzung durchgeführt. Insgesamt wurden im BVT-Untersuchungsausschuss bis zur Berichtslegung 43 Sitzungen absolviert, 102 Befragungen von insgesamt 88 Auskunftspersonen durchgeführt und circa 336.000 Seiten an Akten bearbeitet. Für das Ausschussteam rund um Fraktionsvorsitzende Gaby Schwarz stehen vor allem fünf Ergebnisse der Ausschussarbeit im Vordergrund:

- Die Hausdurchsuchungen wurden rechtswidrig durchgeführt und sowohl die Vorbereitung als auch die Durchführung durch die Staatsanwaltschaft und die EGS (Einsatzgruppe zur Bekämpfung der Straßenkriminalität) erfolgten dilettantisch, kopflos und vom Innenministerium instrumentalisiert.
- Es gibt kein „schwarzes Netzwerk“, wie von der Opposition behauptet – vielmehr fanden sich an sehr vielen Schaltstellen Entscheidungsträger mit SPÖ-Nähe.
- Es gab den Versuch, einen „Geheimdienst im Geheimdienst“ zu gründen. Generalsekretär Goldgruber hatte – vorbei an BVT-Direktor Gridling – eine geheime Sondereinheit bereits in Vorbereitung.
- Die Daten der Rechtsanwaltskanzlei von Gabriel Lansky wurden ordnungsgemäß sichergestellt und es bestand keine Löschungsverpflichtung.
- Einige Abgeordnete bedienten sich äußerst eigenartiger Methoden – von verfälschten Beweisen über vorbereitete Auskunftspersonen bis hin zu bedenklichen Telefonaten ins BVT.

Eurofighter-Untersuchungsausschuss

Für die ÖVP-Fraktion im Eurofighter-Untersuchungsausschuss galt es, Bilanz über 18 Sitzungen, 26 befragte Auskunftspersonen und eine Befragungsdauer von insgesamt rund 85 Stunden zu ziehen. Die konstituierende Sitzung dieses - dritten! – Eurofighter-Untersuchungsausschusses fand ebenfalls am 20. April 2018 statt, am 6. September 2018 starteten die Befragungssitzungen. Das Team rund um Fraktionsvorsitzenden Andreas Ottenschläger konzentrierte sich im Resümee vor allem auf fünf wesentliche Erkenntnisse:

- Es war und ist keine Einflussnahme auf politische Entscheidungsträger bei der Typenentscheidung nachweisbar.
- Der „Darabos-Vergleich“ hat die Position der Republik Österreich deutlich verschlechtert und die Eurofighter dadurch massiv entwertet.
- Die Handlungen des ehemaligen Verteidigungsministers Hans Peter Doskozil sind weiterhin zu hinterfragen – vor allem betreffend der Strafanzeige gegen EADS/Eurofighter und die Entscheidung für die Ausphasung der Eurofighter.
- Gegengeschäfte „nach dem alten Muster“ sind nicht vertretbar, stattdessen müssen neue Wege beschritten werden.
- Es konnten keine Zahlungsflüsse an Politiker, Beamte oder andere Entscheidungsträger der Republik Österreich nachgewiesen werden, sehr wohl kam es aber zu ungerechtfertigten und fragwürdigen Zahlungsflüssen innerhalb des EADS/Eurofighter-Netzwerks.

BUNDESRAT

Der Bundesrat trat in der Berichtsperiode 13 Mal zu einer Plenarsitzung zusammen, eine davon war eine außerordentliche Sitzung des Bundesrates.

Edgar Mayer, 14 Jahre lang ÖVP-Bundesrat aus dem „Ländle“, zweimaliger Bundesratspräsident und seit 2013 Fraktionsvorsitzender der ÖVP-Bundesräte, hat mit Ende September 2018 sein Mandat zurückgelegt, um sich in den (Un)-Ruhestand zu begeben. Für seine langjährige Tätigkeit in der Länderkammer hat Edgar Mayer das Große Goldene Ehrenzeichen mit Stern verliehen bekommen. In der Klubsitzung des ÖVP-Parlamentsklubs wurde Mayer, der auch stellvertretender Klubobmann war, mit viel Applaus verabschiedet.

Zu Mayers Nachfolger an der Fraktionsspitze wurde der NÖ Bundesrat Karl Bader gewählt, der diese Funktion ab 1. Oktober 2018 übernommen hat. Bader ist Jahrgang 1960, stammt aus Lilienfeld und ist ausgebildeter Hauptschullehrer. Er ist im April 2018 nach einer Unterbrechung wieder in die Länderkammer eingezogen. Bader hatte schon von 2003 bis 2008 ein Bundesratsmandat inne.

Karl Bader übernahm eine Fraktion, in der – und das war eine Premiere in der Geschichte der ÖVP-Bundesräte – zehn von 22 Bundesräten und damit fast 50 Prozent weiblich waren. So hat etwa das Bundesratsmandat Edgar Mayers die 38jährige Kommunikationsberaterin Martina Ess übernommen.

Edgar Mayer war auch einige Jahre Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrates. Ein Kontrollgremium, das durch den Einsatz Mayers viel Einfluss und Bedeutung errungen hat und im internationalen Vergleich eine Vorreiterrolle einnimmt. Der Bundesrat gehört durch Mayers Initiative EU-weit zu den führenden Parlamentskammern, was die Subsidiaritätsprüfung betrifft. Nach Mayers Rückzug hat der steirische ÖVP-Bundesrat Christian Buchmann diese Funktion übernommen.

Auf Tiroler Ebene ist Liesi Pfurtscheller wieder in den Nationalrat eingezogen, ihr Bundesratsmandat bekleidet nun die Osttirolerin Elisabeth Mattersberger. Mattersberger ist ÖAAB-Politikerin und Vizebürgermeisterin der Marktgemeinde Matri in Osttirol. In Oberösterreich hat der Bürgermeister der Stadtgemeinde Perg, Anton Froschauer, das Mandat des bisherigen ÖVP-Bundesrates Peter Oberlehner übernommen.

Verabschiedet hat sich auch der Steirer Gregor Hammerl. Er war seit Oktober 2010 und damit genau acht Jahre lang Bundesrat und in der ersten Jahreshälfte

2012 auch Präsident der Länderkammer. Sein Mandat übernahm der Bürgermeister von St. Marein-Feistritz, Bruno Aschenbrenner.

In der Plenarsitzung am 14. Februar 2019 wurden wieder drei neue Bundesräte der ÖVP angelobt: Doris Berger-Grabner aus Niederösterreich, die das Mandat von Sandra Kern übernahm, Andrea Holzner aus Oberösterreich, die auf Ferdinand Tiefnig folgte, und Ernest Schwindsackl aus der Steiermark als Nachfolger von Armin Forstner. "Nun haben wir in der ÖVP-Bundesratsfraktion elf Frauen und elf Männer und damit Geschlechterparität", so Karl Bader dazu.

Mit 1. Juli 2019 übernahm Niederösterreich den Vorsitz im Bundesrat und in der Landeshauptleutekonferenz für das zweite Halbjahr 2019. Bundesrats-Präsident wurde der NÖ Bundesrat und ÖVP-Fraktionsvorsitzende Karl Bader. Zum dritten Mal in der Geschichte Österreichs stellt Niederösterreich damit gleichzeitig den Präsidenten des Nationalrates (Wolfgang Sobotka) und des Bundesrates. Zuletzt war dies vor 58 Jahren mit Leopold Figl und Theodor Eggendorfer der Fall. Bader: „Wir haben für den Vorsitz Niederösterreichs im Bundesrat mit dem ‚Masterplan ländlicher Raum‘ erstmals ein Generalthema für den Bundesrat geschaffen, das auch die nächsten Präsidentschaften begleiten soll.“

Für die Dauer seiner Präsidentschaft unterbricht Karl Bader seine Funktion als Vorsitzender der ÖVP-Bundesräte. In dieser Zeit leitet die Salzburger Bundesrätin Andrea Eder-Gitschthaler – und damit erstmals eine Frau! - die Fraktion der ÖVP-Bundesräte.
